

Liberia-Schweiz Von Drehscheibe zu Drehscheibe

Erst neuerdings ist in den Schweizer Medien die Rede von den liberianischen Milliardenvermögen auf Schweizer Bankkonti. Die Beziehungen des Finanzplatzes Schweiz zum grössten Offshore-Zentrum Afrikas haben eine lange Geschichte.

Mascha Madörin

Nachdem 1822 die ersten Afro-AmerikanerInnen den Ozean überquert und sich in Liberia (damals Grain Coast genannt) niedergelassen hatten, entstand 1847 in Liberia die erste Republik Afrikas. In der ersten Regierung waren nur in Amerika geborene und ausgebildete Liberianer vertreten. Von Anfang an hing Liberia von der finanziellen Unterstützung der USA ab. Die neue Republik hatte zwar eine starke Landwirtschaft, aber keine Industrie. Ab den 1860er Jahren geriet Liberia zunehmend in Schuldenkrisen, bis das US-Reifenunternehmen Firestone 1926 mit Unterstützung der US-Regierung eine Million Morgen Land (ca. ein Zehntel der Bodenfläche der Schweiz!) für 60'000\$ jährlich auf 99 Jahre leasen konnte. Sie erhielt damit den Boden, um Kautschukplantagen zu errichten sowie das Recht, jegliche Gold-, Diamanten- oder andere Mineralienvorkommen auszubeuten. Liberia musste zudem von Firestone eine 5 Millionen-Dollar-Anleihe mit einer Laufzeit von 40 Jahren akzeptieren. Damit konnte Liberia alle alten Schulden zurückbezahlen, die alten Gläubiger kamen zu ihrem Geld - und Firestone zu einem sehr profitablen Geschäft, von dem eine kleine Schicht von LiberianerInnen mitprofitieren konnte.

Ab den 1930er Jahren war Kautschuk das Hauptexportprodukt (1951 88 Prozent des Exportes). Später nahm die Bedeutung des Exports von Eisenerz und anderen Bodenschätzen zu. Nach dem zweiten Weltkrieg begann sich der liberianische Staat mit Finanz- und Handelsplatzgeschäften zu finanzieren. So hat Liberia seit 1948 bei der Seeschifffahrt den Rekord mit der Vergabe von Billigflaggen. Was die gesamte Handelsflotte anbelangt, wird Liberia nur noch von Panama überflügelt. Im Jahr 2002 waren laut dem CIA-Weltfaktenbuch 1513 Schiffe als liberianisch registriert, davon 17 aus der Schweiz. Deutschland hat mit Abstand am meisten Schiffe in Liberia registriert (437), gefolgt von den USA (113).

Konzessionsökonomie

Liberia wurde ab den 1950er Jahren zu einem Handelsumschlagplatz und Transitland, dessen Hafen Monrovia die gesamte Region mit Schmuggelware versorgte - und last but not least das Apartheidregime während des Ölebargos mit Öl. Von 865 Schiffen, welche Südafrika in den 1980er Jahren belieferten, fuhren 380 unter liberianischer Flagge.

Heute sind Liberias Häfen ein wichtiger Umschlagplatz für den illegalen Waffenhandel. Dazu sagte ein Matrose eines Schiffes, das Container transportiert: "Man weiss nie, was darin (in den Containern) ist. (...) zum mindesten sieht man den Öltankern an, dass sie gefährlich sind." 1948 wurde auch die Gesetzgebung für die Gründung von Briefkastenfirmen den Freiheitsideen von Schifffahrtsgesellschaften, Bankern und Handelsfirmen angepasst. Liberia verfügt, so war 1988 in den Nachrichten für den Aussenhandel zu lesen, über eine Gesetzgebung, "die weltweit ihresgleichen sucht!" Wer 1988 die Dienstleistungen der International Trust Company of Liberia (ITC) in Anspruch nahm, konnte in Liberia innerhalb von 48 Stunden eine Briefkastenfirma gründen. Das Gründungsprotokoll wurde registriert, war aber nicht öffentlich zugänglich. ITC stellte zudem für besonders Diskretionsbedürftige

eigenes Personal zur Gründung bereit. Alle späteren personellen Veränderungen mussten nicht mehr dokumentiert, ebenso keine Protokolle von Generalversammlungen deponiert werden. Das erforderliche Mindestkapital betrug 500\$, die Gründungsgebühren beliefen sich alles in allem auf 800 \$. Jährlich wurden danach 150 \$ an die liberianische Regierung und 200 \$ an die ITC fällig. Die Briefkastenfirma konnte von irgendwo in der Welt operieren. Von 1948 bis 1988 wurden so 54'000 Gesellschaften liberianischen Rechts gegründet, nach neueren Berichten soll es noch über 30'000 geben.

Laut dem erwähnten Zeitungsbericht konnte die Errichtung der ITC in Monrovia direkt oder durch einen Korrespondenten in New York, Reston (USA), Hongkong, London - oder Zürich erfolgen. Der weitaus grösste Teil dieser Unternehmen ist im Reedereigeschäft tätig. Aber nicht nur. Zu berichten wäre von den Geschäften des CIA, die er vor dem amerikanischen Kongress via Liberia verstecken musste, oder vom berühmt-berüchtigten Bernie Cornfield mit seiner IOS in Genf, der Liberia als Zwischenstation für betrügerische Geschäfte brauchte. Oder auch von Marc Rich, der mit einem Banker zusammen arbeitete, dem der Charme des liberianischen Briefkastenwesens nicht fremd war.

Symbol für Stabilität

Das Land galt in der Welt der Diplomatie bis Ende der 1970er Jahre als „Symbol für Stabilität und wirtschaftlichen Fortschritt in Westafrika“, wie der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter noch kürzlich in einem Artikel der New York Times schrieb. Aus der Sicht des liberianischen Hinterlandes sah das allerdings anders aus als für Staatschefs, Diplomaten, Bergbauunternehmen, Steuerhinterzieher, Waffendealer und Ölhändler. Die Elite Liberias, meist Nachkommen der amerikanischen SklavInnen und Staatsgründer, wohnte in den Küstenstädten und lebte von den Renten der Konzessionsvergaben, vom regulären und vom Schwarzhandel. Das Hinterland hingegen wurde gnadenlos ausgebeutet. Noch 1929 untersuchte eine Kommission des Völkerbundes die Vorwürfe, dass Liberia immer noch illegal Sklavenhandel betreibt, was nicht bestätigt werden konnte. Die Kommission fand jedoch heraus, dass liberianische Beamte – selbst der Vizepräsident des Landes – von der Zwangsarbeit liberianischer Einheimischer profitierten.

Die Konzessions- und Transitwirtschaft bewirkte, dass Liberia immer radikal in zwei Teile geteilt war: in Stadt und Land, Reich und Arm. 1979 lag das Durchschnittseinkommen in der Stadt bei 600 \$ pro Kopf und Jahr und bei 70 \$ auf dem Land. 1994 hielten fünf Prozent der GirokonteninhaberInnen 62 Prozent der Einlagen, bei Festgeldern betrug dieses Verhältnis zwei Prozent zu 78 Prozent und bei Spareinlagen sechs Prozent zu 58 Prozent. 1980 putschte sich der junge Sergeant Samuel Doe an die Macht, brachte dabei die gesamte Regierung um und brach damit die Vorherrschaft der bisherigen Elite. Das Regime von Doe war nicht weniger von Misswirtschaft und Korruption geprägt als jenes seiner Vorgänger, was die US-AmerikanerInnen bis 1986 nicht daran hinderte, pro Kopf der Bevölkerung gerechnet, Liberia von allen afrikanischen Ländern am meisten Hilfe zu gewähren. Laut Schätzungen der USA waren 1987 in Liberia 12 Millionen \$ an Auslandhilfe unterschlagen worden. Schon Doe wurde nachgesagt, dass er in der Schweiz Bankkonti habe, nur hatten die Schweizer Banken damals noch kein Imageproblem, und die AFP befasst sich mit den Fällen Mobutu und Marcos.

Kriegsunternehmer Taylor

Liberia steckte also schon längst in einer schweren Wirtschaftskrise, als der bis heute dauernde Krieg der Warlords begann. Die Rebellion gegen das Doe-Regime begann Charles Taylor Ende Dezember 1989. Dazu kamen die Kämpfe anderer Warlords aus anderen

Regionen. Da der kalte Krieg vorbei war und Liberia keine strategischen Rohstoffe hat, war die zunehmende Brutalität der bewaffneten Kämpfe zwar für die Medien ein Thema, aber für die Akteure der internationalen Politik lange uninteressant. Durch den bewaffneten Kampf gelang es Taylor, fast das ganze Land ausser Monrovia zu kontrollieren, was die afrikanischen Friedenstruppen bis zum Waffenstillstand von 1996 nicht rückgängig machen konnten. Der entscheidende Punkt von Taylors Strategie war, dass er in den besetzten Gebieten keine staatlichen Gegenstrukturen zu Monrovia aufbaute, sondern versuchte, die Wirtschaft zu kontrollieren: den Kautschuk-, Eisenerz- und Holzexport. Er wurde zum Miteigner der meisten Holzfirmen. Taylors Schatten-Regime war zwar bis zu seiner Wahl als Präsident 1996 international nicht anerkannt, aber multinationale Unternehmen waren von ihm abhängig. Zum Beispiel die deutsche Danzergruppe: Sie ist eine der grössten Holzhandelsfirmen der Welt. Die zur Gruppe gehörende Interholco mit Sitz in Baar (ZG) tritt praktisch als exklusive Holzhändlerin der liberianischen Firma Inland Logging Company auf, der in Berichten von Global Witness und Greenpeace nachgesagt wird, dass zwei ihrer Manager eng mit Taylor verbunden sind. Interholco vertreibt auch Holz der grössten Holzfirma Liberias, der Oriental Timber Company (OTC), die ebenfalls eng mit Taylor liiert ist, und die laut Greenpeace verantwortlich war für die logistischen Aspekte des Waffenhandels mit Sierra Leone. Taylor soll von ihr direkt 3-5 Millionen \$ erhalten haben. Nachdem Taylor Liberia jetzt verlassen hat, hat auch die OTC ihre Holzfällmaschinen in Liberia verpackt. Es ist noch nicht klar, wohin sie transportiert wurden.

Das Projekt der liberianischen Regierungen der 1970er und 80er Jahre, die einseitige Abhängigkeit vom Ausland abzubauen und sogar den Bergbausektor zu nationalisieren, wurde von Taylor radikal unterlaufen. Während „Taylorland“ vom Export von Kautschuk, Kupfer, Holz, Kaffee, Gold und Diamanten lebte, war die Regierung Monrovias zunehmend mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten konfrontiert. Der Krieg bewirkte, dass die reguläre Produktion zusammenbrach oder von Taylor kontrolliert wurde und die Finanzmärkte versiegten. Liberia war bis 1995 mit drei Milliarden \$ gegenüber dem Ausland verschuldet und das liberianische Bankensystem praktisch bankrott. Das einzige, was noch funktionierte, waren die Dollarüberweisungen der liberianischen Exilgemeinde in den USA. Der Regierung in Monrovia blieb als einziger Weg, die Vergabe der Billigflaggen zu steigern.

Nach einem zwischen verschiedenen Kriegsfürsten und unter internationalem Druck ausgehandelten Waffenstillstand gewann Taylor 1997 die Präsidentschaftswahl und regierte dann ebenso brutal und korrupt wie seine Vorgänger. Er unterstützte den Krieg in Sierra Leone und die Rebellenbewegung an der Elfenbeinküste, Kriege, die er mit illegalem Diamantenhandel aus Sierra Leone und später mit dem Holzhandel finanzierte. Von 1997 bis 2000 stiegen die Diamantenimporte der Schweiz aus Liberia von null auf 51 Millionen Franken an, obwohl Liberia jährlich nur Diamanten im Wert von 15 Millionen Franken abbaute ...

2001 verhängten die UNO Sanktionen gegenüber Liberia, die bis im Mai 2003 verstärkt wurden. Die Schweiz schloss sich diesen Sanktionen an. Die Sanktionen von 2001 umfassten ein Einreiseverbot von etwa 120 Angehörigen der liberianischen Regierung, von Waffenhändlern und anderen Geschäftsleuten, ein Verbot, Waffen an dieses Land zu liefern sowie ein Importverbot von Rohdiamanten aus Liberia. Auf Druck von Global Witness verbot die UNO im Juli 2003 auch den Import von Holz aus Liberia. Die neuen Sanktionen waren noch kaum rechtskräftig, da hatten bereits andere Warlords die Stadt Monrovia belagert. Taylor flüchtete nach Nigeria und internationale Truppen sollen nun wieder für Ordnung sorgen.

Tabu Finanzsanktionen

Die Schweiz hatte sich allen UNO-Sanktionen angeschlossen. Sie ist jedoch nicht auf die Forderungen von Global Witness eingegangen, dass die liberianischen Gelder in der Schweiz - Ende 2002 inklusive Treuhandgelder rund 4,5 Mrd. Franken - auf ihre Herkunft überprüft werden sollten. Am 19. Juni dieses Jahres traf nun ein Rechtshilfegesuch des Uno-Spezialgerichtshofs in Sierra Leone ein, der Taylor schwerer Kriegsverbrechen angeklagt hat. Die Schweiz soll die Konten von Taylor und seiner Entourage sperren. Fünf Wochen Suche nach solchen Konten haben nur 2 Millionen Franken hervorgebracht. Laut der Zeitung Cash vom 25. Juli hat niemand die TreuhänderInnen aufgefordert, nach Konten zu suchen. Bei der Geldwäschereistelle wurden laut Jahresbericht 2002 keine dubiosen Gelder aus Liberia gemeldet.

Rätsel?

Am 23. Juni schrieb der Tages-Anzeiger: " Weshalb ausgerechnet aus einem Armenhaus Afrikas derartige Summen in die Schweiz gelangen, ist bislang auch für Experten ein Rätsel geblieben. Wer immer vom "Tages-Anzeiger" auf die liberianischen Treuhandgutachten angesprochen wurde, zeigte sich zunächst überrascht über den Sachverhalt und konnte dann nur über mögliche Erklärungen spekulieren. (...) Die Milliardensummen aus Liberia haben in der Schweiz dennoch kaum jemanden gekümmert. Besorgte Anfragen wurden von der Bankenkommission mit dem Hinweis beschwichtigt, dass Liberia bei allem Chaos begehrter Sitz vieler Domizilgesellschaften geblieben sei."

Unsere Recherchen in Zeitungsarchiven haben gezeigt, dass hierzulande, ausser was die letzten Monate anbelangt, in den letzten Jahrzehnten praktisch nichts über die Liberia-Milliarden geschrieben wurde. Eine einzige substantielle Information war im Wirtschaftsarchiv zu finden: 1964 protestierte der Generalkonsul von Liberia gegen einen fehlerhaften Artikel im St. Galler Tagblatt: "Der wirtschaftliche und finanzielle Teil dieses Artikels sagt, dass die schweizerische Wirtschaft in Liberia beträchtliche Summen investiert habe. Hierzu ist zu erwidern, dass es sich bei den dortigen Investitionen vor allem um ausländische Finanzgruppen handelt, wenn auch diese ihre Finanzgeschäfte auf schweizerischem Boden abwickeln."

Die Statistik der Schweizerischen Nationalbank weist seit 1984 die Banken- und Treuhandgelder nach Ländern aufgeschlüsselt auf. Seit es diese Erhebung gibt, sticht Liberia mit Milliarden Guthaben hervor. Man könnte es also schon längst wissen. Die Beträge schwanken je nach Jahr zwischen 8 und 4,5 Mrd Franken. Bei der - ohne Zweifel berechtigten - Debatte um die Finanzierung der Warlords mit Diamanten- und Holzhandel geht es meist um Zehn- oder Hundert-Millionen-Beträge. Aber wie steht es mit den Milliarden Schwankungen auf den Bankkonten?

Das Rätsel, von dem der Tages-Anzeiger spricht, liegt wohl eher darin, dass die Behörden trotz des Einreiseverbots für 120 Personen aus der Entourage Taylors sich während Jahren nicht gefragt haben, ob nicht auch deren Gelder gesperrt werden müssten - schliesslich gäbe es ja auch die Potentatengelderregelungen, Geldwäscherei- und Antikorruptionsgesetze.

Gertrud Ochsner, frühere Mitarbeiterin der AFP, schrieb schon vor drei Jahren in der Wochenzeitung einen Artikel über die Schweiz als Drehscheibe für Diamanten aus Liberia. Sie wies auf die Milliarden Guthaben aus Liberia hin und schloss den Artikel mit dem Satz: "Eine genauere Analyse der Beziehungen zwischen dem Finanzplatz Schweiz und Liberia wäre dringend nötig." In der Tat. Die AFP wird diesmal nicht locker lassen, herauszufinden, weshalb das von Seiten der Behörden bislang nicht geschehen ist. Nahe liegend wäre es seit Jahren.

Am ersten September öffneten in Monrovia nach drei Monaten Schliessung die ersten Banken wieder. Nur mit der Nahrungsmittelversorgung klappt es immer noch nicht.